

25. Ratssitzung, 05.07.2012

Nein zum Konzerthaus/Musikzentrum

(Rede von Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste im Rat. Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
meine Damen und Herren!

Die Entwicklung des ViktoriaQuartiers, die Sanierung und Nutzung der Marienkirche sind sinnvolle Projekte für Bochum. Aber: So wie es heute hier vorgeschlagen wird geht es nicht!

Die Soziale Liste im Rat wird dem Bau des Konzerthauses nicht zustimmen. Ich Rede bewusst von Konzerthaus, da der Begriff Musikhaus ganz wesentlich deshalb erfunden wurde, damit die Städte Dortmund und Essen mit ihren Konzerthäusern ruhig gestellt werden und die Landesregierung die Zuschüsse gibt.

Die vorgelegten Beschlussvorlagen und Unterlagen verstärkten unsere ablehnende Haltung sogar um ein vielfaches. Es wird argumentiert, die Stadt selbst übernehme nur 2,4 Millionen der auf 33 Millionen Euro festgesetzten Baukosten. 16,6 Millionen Euro kommen demnach vom Land NRW und aus EU-Fördermitteln. Der Rest der Summe, 14,3 Millionen Euro, soll durch Spenden abgedeckt werden, welche die Stiftung Bochumer Symphonie sammelt. Betrachtet man die Aussagen und die vorgelegten Unterlagen, so ergibt sich allerdings eine Mischung aus Schönfärberei, Hoffnung und „Kopf in den Sand stecken“.

Die zugesagten Fördermittel sollen jetzt vorliegen. Uns sind allerdings zahlreiche Details, Absprachen und Bedingungen für die Zusagen nicht bekannt. Insbesondere kritisieren wir die Ausklammerung des Punktes Übernahme der Jahrhunderthalle aus der heutigen Sitzung.

Die „Stiftung Bochumer Symphonie“ kann die von ihr zugesagten 14,3 Mio. nicht aufbringen.

Der städtische Anteil an der Finanzierung von 2,4 Mio. soll durch „ergänzende Mittel“ in Höhe von 1,5 Mio. durch die Sparkasse indirekt auf fast 4 Mio. erhöht werden. Außerdem trägt die Stadt das komplette Risiko für weitere Kostenerhöhungen.

Diese Diskrepanz setzt sich bei den Baukosten fort. So geht aus den Sitzungsunterlagen eindeutig hervor, dass der gesteckte Kostenrahmen nicht gehalten werden kann. Bei den Baukosten ist es wahrscheinlich, dass durch eine genaue Kostenermittlung sowie durch Kostenerhöhung die Summe von 40 Mio. erreicht wird. Selbst eine noch höhere Summe liegt im Bereich des möglichen. Für deutliche Kostensteigerungen sprechen die Erfahrungen bei fast allen städtischen Bauprojekten der letzten Jahre. Herausragend waren dabei ja bekanntlich die Kostensteigerungen des RuhrCongresses. – Mancher hier im Haus wird sich daran erinnern –. Der RuhrCongress wurde zu einem Fass ohne Boden.

(An SPD Fraktionschef Fleskes gewandt:) Ihr Beispiel für den Neubau einer Schule, die voraussichtlich kostendeckend gebaut wird, mit dem Konzerthaus/Marienkirche zu vergleichen ist schlichtweg unredlich, weil hier Dinge verglichen werden, die nicht verglichen werden können.

Nicht anders sieht es bei den Folgekosten aus. Bei den Betriebs- und Folgekosten ist statt der veranschlagten 0,65 Mio. eine Erhöhung auf über 2 Mio. wahrscheinlich.

Der große Traum vom Konzerthaus könnte so wegen der hohen finanziellen Risiken zu einem Alptraum werden.

Die Soziale Liste Bochum erneuert heute ihre Ablehnung des Baus eines Konzerthauses auch aus sozialpolitischen Gründen.

Man kann nicht ständig vom Sparen reden, die Gebühren und Belastungen für die BürgerInnen, vor allem die Familien, erhöhen, soziale Leistungen kürzen, städtische Einrichtungen, Straßen und Gebäude verrotten lassen und gleichzeitig neue Prestigeobjekte auf Pump bauen und mit hohen städtischen Zuschüssen betreiben. Auch angesichts des drohenden Arbeitsplatzabbaus bei Opel und anderen Betrieben sind finanzielle Abenteuer nicht möglich.

Die Soziale Liste Bochum bemängelt die „Kirchturmpolitik“ in Sachen Bochumer Konzerthaus. Es existieren bereits im Umkreis von 50 km 6 ähnliche Einrichtungen. Alle Häuser haben einen hohen Zuschussbedarf und große Probleme mit der Auslastung. Gerade unter diesen Bedingungen ist der Bau eines weiteren Musikhauses nicht zu vertreten und stattdessen Kooperation angesagt.

Wir stehen zu unserer bisherigen Position und sagen nein zum Konzerthaus! Bei unseren Mitgliedern und an Infoständen haben wir für diese Haltung viel Unterstützung erfahren. Der viel beschworenen Anzahl der Unterstützer des Konzerthauses stehen die vielen Tausend Menschen gegenüber, die dieses Prestigeobjekt ablehnen. Die Ablehnung des Baues des Konzerthauses mit diesen hohen Risiken wäre ein Beitrag für die Zukunft der Stadt Bochum. Sie von der SPD und CDU sind bereit diese hohen Risiken einzugehen, sie werden auch die Folgen tragen müssen und die Verantwortung in der Zukunft dafür übernehmen.

Im Anschluss an die Debatte meldete sich der Ratssprecher der Sozialen Liste nochmals zu Wort und stellte drei Fragen:

- Gibt es vertragliche, briefliche oder sonstige Festlegungen der Stadt Bochum zur Übernahme der Jahrhunderthalle?
- Beinhalten die Investitionsmaßnahmen im Bereich der Jahrhunderthalle durch die Landesregierung eine Festlegung auf einen Eigentümerwechsel zur Stadt Bochum?
- Sind die Fördermittel für das Konzerthaus an die Übernahme der Jahrhunderthalle gebunden?

Die Antwort der Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz:

„Frage 1: Nein. Frage 2: Nein. Frage 3: Nein.“

Rhetorische Frage von Roland Mitschke (CDU) zur Akzeptanz des Musikhauses: Für welches kommunale Projekt gibt es so viel gesellschaftliches Engagement?

Gleising: „Das Bürgerbegehren des CrossBorderLeasing-Geschäftes.“